

Pressemitteilung

Datum
19. Juni 2012

Sandra Lades
GfK Verein Presse
Tel. +49 911 395 3606
sandra.lades@gfk-verein.org

Ronald Frank
GfK Verein Studien
Tel. +49 911 395 3004
ronald.frank@gfk-verein.org

GfK-Nürnberg e.V.
Nordwestring 101
D-90419 Nürnberg

Tel +49 (0)911/395-3606
Fax +49 (0)911/395-2715
www.gfk-verein.org
info@gfk-verein.org

Geschäftsführung:
Prof. Dr. Raimund Wildner

Präsidium:
Peter Zühlsdorff (Präsident)
Ralf Klein-Bölting
Prof. Dr. Nicole Koschate
Prof. Hubert Weiler
Prof. Dr. Raimund Wildner
(Vizepräsidenten)

Vereinsregister VR200665
Amtsgericht Nürnberg

Deutsche machen sich weniger Sorgen

Die Studie „Challenges of Europe 2012“ des GfK Vereins

Nürnberg, 19. Juni 2012 – Deutschland bleibt zwar – zusammen mit Frankreich – die Sorgennation Nummer eins in Europa, doch sind die Sorgenfalten in diesem Jahr deutlich kleiner geworden. So lautet ein Ergebnis der aktuellen Studie „Challenges of Europe“ des GfK Vereins, die die Bürger Europas jährlich nach den dringend zu lösenden Aufgaben in ihrem Land fragt. Nach wie vor steht für die Deutschen die Arbeitslosigkeit an erster Stelle, allerdings mit deutlich rückläufiger Tendenz. Die Themen Inflation und wirtschaftliche Stabilität rücken damit dichter an das Top-Thema heran. Auch in Europa insgesamt führen diese drei Herausforderungen die Sorgenliste an. Aus aktuellem Anlass wurden in diesem Jahr auch die Griechen befragt.

Die Deutschen machen sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Sorgen: In der aktuellen Studie des GfK Vereins nannte jeder Bundesbürger im Durchschnitt 2,6 Probleme, die zu lösen sind (2011: 3,7 Probleme). Damit liegen die Deutschen noch vor den Griechen, die durchschnittlich 2,4 Herausforderungen nennen. In Europa liegt der Durchschnitt sogar nur bei 2,0 Problemen und damit ebenfalls deutlich niedriger als im Vorjahr (2011: 2,4). Nach wie vor die mit Abstand sorgenfreieste Nation ist Schweden mit durchschnittlich 1,1 genannten Herausforderungen.

Arbeitslosigkeit bleibt Top-Thema – jedoch niedrigster Wert seit Beginn der Erhebungen

Nur noch gut ein Drittel der Bundesbürger macht sich Sorgen um die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um 21 Prozentpunkte. Seit Beginn der gesamtdeutschen Erhebungen im Jahre 1990 wurde kein geringerer Wert gemessen. Darin spiegelt sich die anhaltend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland wider. „Die Bundesrepublik ist das einzige Land in Europa, das während der Krise seine Arbeitslosigkeit sogar zurückführen konnte und dies nach den

Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute auch in diesem Jahr fortsetzen wird“, erläutert Prof. Dr. Raimund Wildner, Geschäftsführer des GfK Vereins.

Im Gegensatz dazu hat die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung deutlich zugenommen. Lag sie 2011 mit 14 Prozent noch auf dem zehnten Rang, ist sie nun mit 24 Prozent auf den dritten Platz geklettert. Nur in den Krisenjahren 2009 und 2010 wurden höhere Werte gemessen. Im Zuge der sich verschärfenden rezessiven Tendenzen im Euro-Raum sehen die Bundesbürger durch die starke Exportabhängigkeit der deutschen Industrie offenbar auch Gefahren für die eigene Konjunktur.

| Die Herausforderungen in Deutschland 1990 - 2012 | | | | | | | | |
|---|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Angaben in Prozent der Befragten, die folgende Themen als dringlichste Aufgaben in Deutschland sehen: (freie Antworten; gerundet; Mehrfachnennungen möglich) | | | | | | | | |
| | 1990 | 1994 | 1998 | 2002 | 2006 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Arbeitslosigkeit | 36 | 66 | 86 | 74 | 80 | 66 | 55 | 34 |
| Preis-/ Kaufkraftentwicklung | 7 | 7 | 4 | 14 | 11 | 24 | 33 | 26 |
| Wirtschaftliche Stabilität | 7 | 13 | 5 | 11 | 8 | 26 | 14 | 24 |
| Politik/ Regierung | 2 | 4 | 3 | 6 | 6 | 10 | 12 | 13 |
| Renten/ Altersversorgung | 6 | 9 | 14 | 12 | 18 | 19 | 17 | 13 |
| Umweltschutz | 29 | 15 | 5 | 5 | 5 | 10 | 14 | 12 |
| Bildungspolitik | 1 | 1 | 3 | 5 | 9 | 14 | 23 | 12 |
| Armut | - | - | - | - | 2 | 5 | 6 | 12 |
| Soziale Sicherung | 5 | 6 | 9 | 8 | 10 | 17 | 25 | 11 |
| Gesundheitswesen | - | 4 | 6 | 5 | 15 | 21 | 19 | 11 |

Quelle: Challenges of Europe 2012, GfK Verein

Inflation bleibt für die Deutschen eine reelle Gefahr

Zwar machen sich die Bundesbürger weniger Sorgen um die Preis- bzw. Kaufkraftentwicklung als im Vorjahr, dennoch bleibt das Thema auf dem zweiten Platz im Sorgenranking. Gut jeder vierte Bundesbürger sieht die Preisstabilität in Gefahr, vor einem Jahr war es noch jeder dritte. Hohe und weiter steigende Energiepreise lassen viele Bundesbürger um ihre Kaufkraft bangen. Zudem sehen die Deutschen durch die diversen Rettungspakete zunehmende Gefahren für die Stabilität der Währung. Bislang deckt sich diese Befürchtung jedoch nicht mit den amtlichen Zahlen der Lebenshaltungskosten. So ging die Inflationsrate nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Mai auf 1,9 Prozent zurück, nachdem sie im April noch bei 2,1 Prozent gelegen hatte.

Sozialpolitische Themen weniger im Fokus der Deutschen

Spürbar abgenommen haben in diesem Jahr die Bedenken der Bundesbürger über die soziale Sicherung. Nachdem 2011 noch 25 Prozent dies mit Sorge betrachteten, sind es aktuell nur noch 11 Prozent. Damit rutscht das Thema von Rang 3 auf Rang 9. Ähnliches gilt für das Gesundheitswesen (2012: 11 Prozent / 2011: 19 Prozent), das von Platz 5 auf Platz 10 zurückfällt. Auch das Thema Rente ging von 17 Prozent Besorgten im vergangenen Jahr auf 13 Prozent zurück.

Das Thema Armut hat 2012 erstmals den Sprung unter die Top-Ten-Sorgen der Deutschen geschafft und belegt nun Platz 8: Aktuell sorgen sich 12 Prozent darüber, doppelt so viele wie im Vorjahr. „Vor allem der steigende Anteil der prekären Beschäftigungsverhältnisse sowie die sich abzeichnende Altersarmut bei Menschen mit nicht durchgehenden Erwerbsbiografien geben den Bundesbürgern anscheinend zunehmend zu denken“, so Raimund Wildner.

Dagegen machen sich die Bundesbürger deutlich weniger Sorgen um die Bildungspolitik als noch im vergangenen Jahr. Der Anteil der Besorgten halbiert sich fast von 23 Prozent 2011 auf nun 12 Prozent. Damit fällt dieses Thema von Rang 4 auf Rang 7 zurück.

Inflationsängste polarisieren Ost und West

Bei der Gegenüberstellung der alten und neuen Bundesländer zeigen sich nach wie vor deutliche Unterschiede. Zwar sind die Top-3-Themen identisch, jedoch nicht die Reihenfolge bzw. das Ausmaß der Beunruhigung. Sowohl in Ost als auch in West ist das Thema Arbeitslosigkeit top, die Unterschiede sind aber gravierend. Während sich in den alten Ländern nur noch knapp ein Drittel der Befragten um den Arbeitsmarkt sorgt, sind es im Osten gegenwärtig 45 Prozent. Noch etwas größer sind die Abweichungen beim Thema Inflation. Die Preis- und Kaufkraftentwicklung sehen im Osten 39 Prozent (Rang 2), in den alten Ländern 24 Prozent (Rang 3) mit Sorge. Bei der Sorge um die wirtschaftliche Stabilität sind die Differenzen zwischen West und Ost am geringsten. Hier liegt der Westen mit 25 Prozent vor den neuen Ländern mit 18 Prozent.

In Europa ist der Arbeitsmarkt weiterhin das Top-Thema

Neben Deutschland wurde die Studie zum wiederholten Male in zehn weiteren europäischen Ländern durchgeführt. Aufgrund der aktuellen Lage in Europa wurde dieses Jahr Griechenland ergänzend in die Erhebung mit einbezogen (die Ergebnisse finden Sie auf Seite 6). Die Arbeitslosigkeit belegt europaweit, wie bereits im Vorjahr, mit 38 Prozent die Spitzenposition – jedoch mit einem minimalen Rückgang von einem Prozentpunkt. In neun der zwölf untersuchten Länder nimmt dieses Thema ebenfalls den ersten Platz ein. Zudem fällt auf, dass in sieben Ländern im

Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg festzustellen ist, nur in Deutschland und Schweden werden geringere Werte gemessen.

Die mit weitem Abstand stärkste Präsenz weist das Thema mit 79 Prozent in Spanien auf, gefolgt von Frankreich mit 63 Prozent. Gerade Spanien hat im Augenblick mit stark steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Momentan ist fast jeder Vierte in Spanien ohne Beschäftigung. In den Niederlanden dagegen spielt das Thema mit 11 Prozent eine weitaus geringere Rolle.

Inflationsorgen in Europa etwas gedämpft

Ebenfalls etwas kleiner geworden sind in diesem Jahr die Sorgen über Preissteigerungen. 22 Prozent der Befragten in Europa – das sind 4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr – sehen gegenwärtig der Preis- und Kaufkraftentwicklung mit Sorge entgegen. Damit rangiert das Thema weiter auf Platz 2. Am stärksten beunruhigt die Inflation die Menschen in Frankreich. 34 Prozent sind hier besorgt – dies ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozentpunkte. Hier dürfte die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer die Beunruhigung vergrößert haben. Dagegen haben Inflationsängste in Schweden und Spanien mit 1 bzw. 2 Prozent derzeit nahezu keine Bedeutung.

| Die Herausforderungen in Europa 2012 | | | | | | | | | | | | |
|--|--------|-------------|---------|------------|--------------|---------|-------------|-------|------------|----------|----------|---------|
| | Gesamt | Deutschland | Belgien | Frankreich | Großbritann. | Italien | Niederlande | Polen | Österreich | Russland | Schweden | Spanien |
| Angaben in Prozent der Befragten, die folgende Themen als dringlichste Aufgaben im jeweiligen Land sehen: (freie Antworten; gerundet; Mehrfachnennungen möglich) | | | | | | | | | | | | |
| Arbeitslosigkeit | 38 | 34 | 21 | 63 | 29 | 50 | 11 | 49 | 22 | 16 | 29 | 79 |
| Preis-/ Kaufkraftentwicklung | 22 | 26 | 22 | 34 | 7 | 18 | 7 | 26 | 14 | 30 | 1 | 2 |
| Wirtschaftliche Stabilität | 16 | 24 | 17 | 12 | 22 | 30 | 17 | 5 | 15 | 4 | 8 | 29 |
| Renten/ Altersversorgung | 10 | 13 | 13 | 8 | 3 | 7 | 3 | 19 | 17 | 14 | 4 | 2 |
| Gesundheitswesen | 10 | 11 | 4 | 5 | 13 | 7 | 14 | 24 | 5 | 10 | 5 | 4 |
| Wohnungsproblem / Mieten | 9 | 1 | 4 | 19 | 7 | 0 | 3 | 2 | 2 | 19 | 2 | 2 |
| Politik/Regierung | 8 | 13 | 18 | 7 | 9 | 10 | 9 | 13 | 16 | 4 | 1 | 5 |
| Bildungspolitik | 7 | 12 | 3 | 9 | 7 | 3 | 7 | 4 | 10 | 9 | 5 | 3 |
| Kriminalität | 7 | 7 | 6 | 10 | 12 | 12 | 12 | 1 | 5 | 3 | 1 | 2 |
| Jugend-arbeitslosigkeit | 5 | 4 | 1 | 6 | 5 | 11 | 0 | 9 | 6 | 4 | 14 | 2 |

Quelle: Challenges of Europe 2012, GfK Verein

Große Sorgen um wirtschaftliche Entwicklung in Italien und Spanien

Die wirtschaftlich schwache Entwicklung in weiten Teilen Europas beunruhigt die Bürger zunehmend. 16 Prozent gaben an, dass sie sich um die wirtschaftliche Stabilität in ihrem Land sorgen. Im Vorjahr waren es „nur“ 12 Prozent. Damit ist es das einzige Top-Ten-Thema, dessen Anteil innerhalb des vergangenen Jahres gestiegen ist: Es ist im Sorgenranking von Rang 5 auf Rang 3 geklettert.

In Italien und Spanien sind die Ängste um die Wirtschaft am stärksten ausgeprägt. 30 Prozent der italienischen Bürger (2011: 22 Prozent) sowie 29 Prozent der Spanier (2011: 30 Prozent) machen sich derzeit große Sorgen, dass der rigorose Sparkurs ihre Länder in eine schwere Rezession führt. Und in der Tat geht der Internationale Währungsfond in seiner aktuellen Prognose vom April dieses Jahres davon aus, dass in beiden Ländern das Bruttoinlandsprodukt jeweils um knapp 2 Prozent schrumpfen wird.

Am geringsten sind die Ängste um die wirtschaftliche Entwicklung derzeit in Russland und Polen, wo sich nur 4 bzw. 5 Prozent der Befragten um die Konjunktur sorgen.

Sorge hinsichtlich der politischen Entwicklung hat in Europa an Brisanz verloren

Die Sorge um die politische Stabilität hat an Brisanz verloren. Nur noch 8 Prozent der Befragten sind derzeit in Europa darüber beunruhigt. Damit liegt das Thema 2012 auf Rang 7, nachdem es im Vorjahr noch unter den Top 3 gewesen ist. Der Rückgang um 4 Prozentpunkte ist vor allem auf die Sondereffekte in Belgien und Italien zurückzuführen. Zum einen konnte in Belgien nach einer längeren Phase des Stillstandes Ende 2011 endlich wieder eine Regierung gebildet werden, weshalb der Anteil der Besorgten im Jahresverlauf von 57 Prozent auf 18 Prozent gesunken ist. Dennoch ist dies nach wie vor der höchste Wert in Europa.

Zum anderen hat sich mit dem Rücktritt von Silvio Berlusconi und der Regierungsübernahme durch Mario Monti in Italien im November 2011 auch ein Großteil der Sorgen um die politischen Verhältnisse in diesem Land beinahe in Luft aufgelöst. Der Anteil ging von 33 Prozent 2011 auf 10 Prozent in diesem Jahr zurück.

Ein Blick auf Griechenland

Wegen der aktuellen Lage in Europa wurde Griechenland ergänzend in die diesjährige Erhebung miteinbezogen. Aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit zu den Ergebnissen aus den Vorjahren wurde Griechenland jedoch nicht in die gesamteuropäische Berechnung integriert.

Mit durchschnittlich 2,4 genannten Problemen pro Person belegt Griechenland hinter Deutschland und Frankreich Platz 3 der sorgenvollsten Nationen Europas. Angesichts der bestehenden Haushalts- und Staatsschuldenkrise des Landes, die alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereiche erfasst hat, ist dieses moderate Ergebnis sogar etwas überraschend.

| Die Herausforderungen in Griechenland 2012 | |
|--|----|
| Angaben in Prozent der Befragten, die folgende Themen als dringlichste Aufgaben in Griechenland sehen: (freie Antworten; gerundet; Mehrfachnennungen möglich) | |
| Arbeitslosigkeit | 33 |
| Politik/Regierung | 26 |
| Wirtschaftliche Stabilität | 24 |
| Gesundheitswesen | 16 |
| Billigjobs abschaffen | 14 |
| Korruption | 14 |
| Renten/Altersversorgung | 13 |
| Preis-/Kaufkraftentwicklung | 12 |
| Bildungspolitik | 11 |
| Jugendarbeitslosigkeit | 9 |

Quelle: Challenges of Europe 2012, GfK Verein

Als Hauptsorge der Griechen hat sich in der Studie ebenfalls die Arbeitslosigkeit mit 33 Prozent herauskristallisiert. Die in Europa derzeit zu verzeichnende geringe Brisanz des Themas Politik und Regierung gilt jedoch nicht für Griechenland: 26 Prozent der Griechen sind über die politische Stabilität in ihrem Land beunruhigt. Die Diskussionen um den harten Sparkurs, der Griechenland auferlegt worden ist, drohen das Land politisch zu zerreißen. Die kürzlich durchgeführten Parlamentswahlen fanden zwar keinen Eingang in die Ergebnisse, da die Befragung zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war. Die Folgen der Wahlen, wie der erfolgreiche Versuch einer Regierungsbildung sowie die Ankündigung von Neuwahlen für Mitte Juni, dürften die Sorgen über die weitere politische Entwicklung aber eher noch verstärken.

Auch die wirtschaftliche Lage stellt sich in Griechenland derzeit schwierig dar. Das Bruttoinlandsprodukt wird vermutlich um mehr als 4 Prozent zurückgehen. Folglich überrascht es nicht, dass knapp ein Viertel der griechischen Befragten die Sorge um die wirtschaftliche Stabilität genannt hat.

Zur Studie

Diese Ergebnisse sind ein Auszug aus der GfK-Studie „Challenges of Europe 2012“ und basieren auf rund 13.300 Verbraucherinterviews, die im Auftrag des GfK Vereins im Februar 2012 in Deutschland, Italien, Frankreich, Polen, Österreich, Großbritannien, Belgien, Russland, Spanien, den Niederlanden, Schweden und zusätzlich in Griechenland durchgeführt wurden.

Grundlage der Untersuchung ist folgende offene Frage, die jedes Jahr unverändert gestellt wird: „Welches sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Aufgaben, die heute in [jeweiliges Land] zu lösen sind?“ Die Befragten erhalten keinerlei beschränkende Vorgaben für ihre Antwortmöglichkeiten, Mehrfachnennungen sind möglich.

Zum GfK Verein

Der GfK Verein ist eine 1934 gegründete Non-Profit-Organisation zur Förderung der Marktforschung. Er setzt sich aus rund 600 Unternehmen und Einzelpersonen zusammen. Zweck des Vereins ist es, innovative Forschungsmethoden in enger Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen zu entwickeln, die Aus- und Weiterbildung von Marktforschern zu fördern und die für den privaten Konsum grundlegenden Strukturen und Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu verfolgen sowie deren Auswirkungen auf die Verbraucher zu erforschen. Die Studienergebnisse werden den Mitgliedern des Vereins kostenlos zur Verfügung gestellt. Der GfK Verein ist Gesellschafter der GfK SE. Weitere Informationen unter www.gfk-verein.org.

Twitter: GfK_Verein

V.i.S.d.P.
GfK Verein, Presse
Sandra Lades
Nordwestring 101
90419 Nürnberg
Tel. +49 911 395-3606
sandra.lades@gfk-verein.org